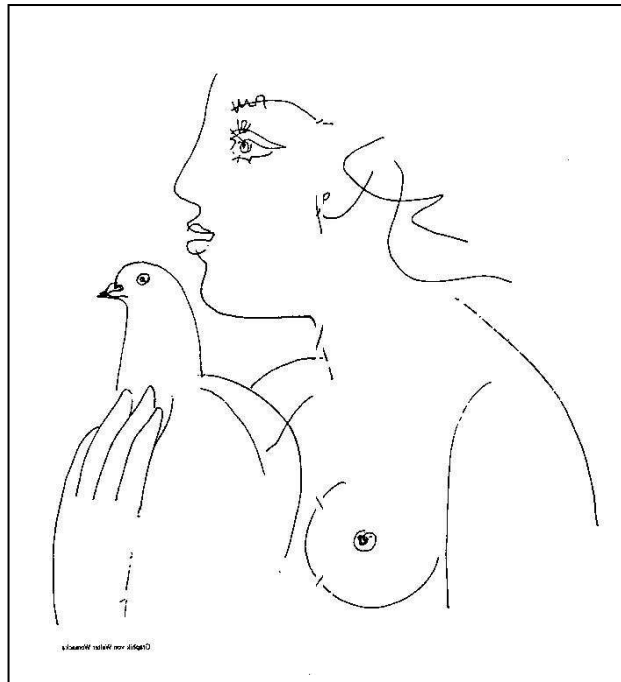


Nr. 102



„UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“
Eine Dokumentation

von

Prof. Dr. Georg Grasnack

Bundesweiter Aktionstag

Berlin

Samstag, 29.09.2012

11:30 Potsdamer Platz

www.umfairteilen.de

Redaktionsschluss: 24.09.2012

„Das ist ein guter Tag für Deutschland. Das ist ein guter Tag für Europa.“

Die deutsche Bundeskanzlerin äußert sich euphorisch über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) vom gleichen Tag. Für die Ratifizierung des 700 Milliarden Euro schweren Europäischen Sicherheitsmechanismus (ESM) und des EU-Fiskalpaktes ist grünes Licht gegeben.

Ein „guter Tag“?

Der deutsche Aktienindex erreicht sofort den höchsten Stand seit 14 Monaten. Der Euro legt an den Devisenmärkten zu. Die Finanzwirtschaft ist zufrieden. Fürwahr – „ein guter Tag“ für den Reichtum.

Der ESM als Rettungsschirm für die Banken hat für ein „weiter so“ den höchstrichterlichen Segen erhalten. Der Fiskalpakt, vor allem die deutsche Schuldenbremse, für weiteren Sozial- und Demokratieabbau seien völlig legitim. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird unbegrenzt Staatsanleihen der vom Ruin bedrohten südeuropäischen EU-Länder kaufen. Um welchen Preis auch immer – der Euro soll erhalten bleiben. Draghi will damit einen „Schutzschild gegen die Stürme an den Märkten“ errichten: Regierungen, die die EZB-Hilfe in Anspruch nehmen, sind verpflichtet, ein „Sanierungsprogramm“ durchzusetzen, mit weiteren Sparmaßnahmen und Privatisierungen.

Im Bundestag feiern sich nach dem BVG-Urteil fast alle „Volksvertreter“ als Sieger.

Und die große Mehrheit des Volkes?

Mit dem Urteil sind die Weichen für steigende Profite und wachsende Belastungen für die Bürger gestellt. Die offiziellen Medien und diverse „Gesundbeter“ – allen voran die Bundeskanzlerin – sorgen dafür, dass die in der Krise verunsicherten Bürger diesen „Sieg“ als einen wichtigen Schritt für eine stabile Zukunft zu verstehen haben. Aber es regt sich auch Widerstand und eine Bürgerbewegung, die die Interessen der Mehrheit des Volkes artikuliert und vertritt, ruft zur Aktion.

Der DGB-Vorstand, die Gewerkschaften verdi und GEW, attac, der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Sozialverbände Volkssolidarität, VDK, SoVD und AWO, die Naturfreunde - 23 zivilgesellschaftliche Organisationen und mehr als 15 lokale Bündnisse setzen die Forderung „*UmFAIRteilen - Reichtum besteuern*“ auf die Tagesordnung. Die Bewegung wird von der Partei Die LINKE unterstützt sowie auch von den Grünen, die im Bundestag für ESM und Fiskalpakt votiert hatten. Die Kirchen nähern sich dem Bündnis an.

Welche Berechtigung hat die Forderung „UmFAIRteilen - Reichtum besteuern“?

Reichtums-Explosion - Arm und Reich in Deutschland.

Der Entwurf für den vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gesteht ein:

„Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012 um über 800 Milliarden Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt.“

(1) Des Weiteren kommentiert die Süddeutsche Zeitung „sei eine Verschiebung privater Forderungen und Verbindlichkeiten in staatliche Bilanzen feststellbar“ Entscheidend ist allerdings die an anderer Stelle festgestellte „sehr ungleiche Verteilung der Privatvermögen. „Die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte (vereinen) über die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich“. Nach neuesten Angaben werden hierzulande jetzt 950.000 Millionäre gezählt. (2) Von den 8,2 Billionen Euro Geldvermögen in Deutschland befinden sich zwei Drittel auf den Konten von 10 Prozent der Bevölkerung.

Zwei Tatsachen müssen hier angemerkt werden: die Verschiebung in staatliche Bilanzen ist den Rettungsmaßnahmen in der Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet und wird letztendlich

1 Süddeutsche Zeitung, 18. September 2012

2 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Juni 2012

von den Steuerzahlern getragen und der Reichtum bei den „oberen zehn Prozent“ ist seit Beginn der Krisenjahre, als die „schwäbische Hausfrau“ aus dem Bundeskanzleramt festgestellt hat, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben, immerhin von 45 Prozent auf 53 Prozent gestiegen.

Die Krise als Chance – aber für wen?

Das die Krise als Chance zu betrachten sei war auch so ein bekannter O-Ton aus dem Bundeskanzleramt.

Die seit 2007 andauernde Krise erweist sich als Badekur für die Reichen dieser Welt, für Konzerne, für Banken vor allem.

Sie verfügen heute über 42 Billionen Dollar. Das sind fast drei Billionen mehr als vor der Krise.

„Von Oktober 2008 bis Oktober 2011 hat die EU-Kommission öffentliche Beihilfen in Höhe von 4,5 Billionen Euro für marode Banken genehmigt.“ (3) Auch die deutschen Banken haben dabei ihren Reibach gemacht.

830.000 Millionäre besitzen heute 2,2 Billionen Euro. Das ist mehr als Bund, Länder und Kommunen zusammen Schulden haben.

Die Bundesregierungen unter Kohl, vor allem unter Schröder und auch unter Merkel veranlassten seit 2002 mit ihren Steuerreformen, dass Reiche und Konzerne bisher Steuergeschenke in Höhe von 440 Milliarden Euro verbuchen konnten. Diese Summe erhöht sich weiter durch die übliche Steuerhinterziehung von Reichen. Renommierete Wirtschaftswissenschaftler analysierten: „Durch die Senkung der Kapital- und Vermögenssteuer sowie der Spitzensteuersätze bei der Einkommenssteuer und die jahrzehntelang tolerierte Steuerhinterziehung der Reichen wurden die Staaten in die Schuldenfalle getrieben.“ (4)

Ein Blick auf das Gesamtsteueraufkommen der Bundesrepublik erhellt, dass die Gewinnsteuer daran einen Anteil von nicht einmal 20 Prozent hat. Dagegen werden über 70 Prozent des

3 C. Schuler, EURO-ZONE, Inkassobüro für die Banken?, isw-Report Nr.90. München, September 2012, S. 4

4 Handelsblatt, 15. Dezember 2011

Aufkommens durch Lohn-, Verbrauchs-, Umsatz- und Energiesteuern erbracht. Die Krise wurde zum Springquell des Reichtums für diese Kräfte. Rettungsschirme und Konjunkturprogramme spülten bislang rund eine Billion Euro in deren Kassen.

Die EZB verteilte Milliarden großzügig an Banken zu einem Zinssatz von einem Prozent. Die Banken ihrerseits verlangten für Kredite bis zu sechs und sieben Prozent Zinsen. Die Banken erhielten immer wieder „Spielgeld“ zur Befriedigung ihres einträglichen Spekulationstriebes.

In den zurückliegenden Jahrzehnten und nicht zuletzt in den vergangenen Krisenjahren ist das Übergewicht des Finanzkapitals über die reale Wirtschaftsleistung ständig gewachsen, stellt der Wirtschaftswissenschaftler Conrad Schuhler fest. (5)

Die Mittel zur Versorgung der Banken werden aus Steuergroschen bestritten, die auf diese Weise zu privatem Vermögen werden. Die Umverteilung von unten nach oben erreichte in der Krise Spitzenwerte.

Das zeigt sich auch in der Kehrseite dieses Vorgangs: Die Staatsverschuldung der BRD (Bund, Länder, Kommunen) betrug 2005 rund 1,4 Billionen Euro. Sie war 2009, im dritten Krisenjahr, auf 1,6 Billionen Euro angewachsen. Sie beläuft sich heute, im fünften Krisenjahr, auf 2,1 Billionen Euro. Die BRD-Staatsverschuldung beträgt somit 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Maastrichtvertrag lässt 60 Prozent zu. Die Konsequenz aus der Schuldenhäufung in Deutschland: Jeder achte Euro geht für den Schuldendienst an Banken, nur jeder fünfundzwanzigste Euro ist für Bildung übrig.

Öffentlichen Haushalten wurde und wird weiterhin infolge rigider Sparpolitik des Krisenmanagements der Gestaltungsspielraum genommen. Kita-Plätze fehlen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Seniorentreffs, Gesundheitszentren und Bibliotheken werden geschlossen. Der Öffentliche Nahverkehr wird immer teurer. Das Zauberwort ist Privatisierung und so werden wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge in die Profitwirtschaft überführt

und der Staat verabschiedet sich aus seiner sozialen Verantwortung. Da helfen auch die Verheißungen des Grundgesetzes nicht.

Immer mehr Bürger sind infolge der Umverteilung von unten nach oben von Arbeits- und von Altersarmut bedroht. Die schwerste Krise seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts fordert auch hierzulande den Menschen immer mehr Opfer ab.

Wer soll die Zeche der Krise bezahlen?

Polarisierung zwischen Arm und Reich wird beschleunigt

Die OECD registrierte kürzlich, dass sich in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer schneller geöffnet hat. Ein Prozess, der vom Tempo und vom Volumen her Vergleiche mit anderen Ländern bei weitem übertrifft.

Die von der so genannten rot-grünen Koalition unter Schröder beschlossene Agenda 2010 schuf den Ausgangspunkt, um Deutschland in ein Niedriglohnland zu verwandeln. Der damalige Bundeskanzler Schröder hatte 2005 in Davos vor den Bossen des Kapitals geprahlt: „Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, die es in Europa gibt.“ (6)

Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen wurde seitdem drastisch verringert. Die Löhne bleiben immer mehr hinter der Arbeitsproduktivität zurück. (7) Die Reallöhne sanken.

Schon vor der Krise gestand „Der Spiegel“ ein, dass der Lebensstandard der Lohnabhängigen von der Wirtschaftsentwicklung weitgehend abgekoppelt war. (8)

Frau Merkel orakelte damals im ersten Krisenjahr: „Ich möchte, dass die Menschen in zwei Jahren sagen können; 2009 geht es besser als 2007.“ (9)

6 www.nachdenkseiten.de

7 C. Schuhler, a. a. O.

8 Der Spiegel, 14/2007

„Kennziffern“ des Niedriglohlandes Deutschland sehen jetzt so aus:

- Von 2000 bis 2011 hat die Zahl der Vollzeitbeschäftigten von 25,7 auf 23,9 Millionen abgenommen.
- Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten hat von 9,6 auf 12,6 Millionen zugenommen.
- 7,4 Millionen Beschäftigte müssen sich mit Mini-Jobs begnügen.
- Jeder Fünfte erhält einen Minilohn. (10)
- Etwa acht Millionen arbeiten für weniger als 9,15 Euro die Stunde.

Der Euro-Statistik zufolge haben so genannte atypische Jobs wie befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, Teilzeitbeschäftigung und Minijobs einen beträchtlichen Zuwachs erfahren.

Bereits 2009 waren über sieben Millionen Erwerbstätige von Armut betroffen. Darunter ein Viertel der 19 bis 25-Jährigen. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut.

Es überrascht nicht, dass ein Viertel der Geringverdiener mit einem Vollzeitjob in der Regel wöchentlich 50 Stunden und mehr arbeitet. Die Tarifbindung ist rückläufig.

Armutsgefährdet sind inzwischen 12 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Neben der Arbeitsarmut wächst die Gefahr der Altersarmut.

Sie wird durch Arbeitslosigkeit und atypische Beschäftigungsverhältnisse, Erhöhung des Rentenalters sowie durch das Absenken des Rentenniveaus bis 2030 gefördert. Schon heute reicht bei 700.000 Menschen die Rente nicht zum Leben.

Wovon hatte doch die Bundeskanzlerin vor fünf Jahren geredet? „Wohlstand für alle – das muss unsere Vision sein.“

Die Vision ist in den „Stürmen an den Märkten“ längst zerflattert. Geblieben sind zunehmende Armutsgefährdung auf der einen Seite und wachsender Reichtum bei den Reichen auf der anderen.

9 Berliner Zeitung, 4. Dezember 2007

10 isw-forum, Dringend gesucht: Alternative zum Kapitalismus, isw-Report , Nr.89, München, März 2012

Das neoliberale Euro-Projekt bleibt gesichert.

Das ist das oberste Ziel des gegenwärtigen Krisenmanagements. Sein Scheitern würde unabsehbare Folgen für das neoliberale Wirtschaftsprojekt, für die politische und ökonomische Stabilität in Europa insgesamt haben. Das ist den Herrschenden wohl bewusst und es wird alles getan das zu verhindern - zu Gunsten der „Profitmacherei“ und zu Lasten der kleinen Leute. Die offiziellen Medien suggerieren den Leuten es gehe um ihren Wohlstand.

Tatsächlich geht es um Folgendes.

Kein Sparpaket für Banken

Das Bundesverfassungsgericht hat dem „Rettungsschirm“ ESM zugestimmt - mit kleinen Auflagen. Im 700 Milliarden EU schweren permanenten ESM soll der BRD-Anteil von 190 Milliarden Euro nicht überschritten werden. Es sei denn, der Bundestag beschlösse eine Erhöhung. Der ESM löst den noch bis Mitte 2013 wirkenden EFSF- Schirm ab.

Der ESM kann auch Anleihen der am schwersten von der Krise betroffenen EU-Mitgliedsländer kaufen. Er kann auch Banken direkt helfen, und nicht nur Staaten. Solche Vergaben sind an Auflagen gebunden, die zu Lasten der einfachen Leute im jeweiligen Land gehen.

Und dann ist da noch die Europäische Zentralbank (EZB). Sie hatte eine runde Billion Euro für Banken zu einem Zinssatz von einem Prozent mit einer Laufzeit von drei Jahren bereitgestellt. Die EZB kauft nun unbegrenzt Staatsanleihen der von der Pleite bedrohten Krisenländer. Beabsichtigt ist eine Bankenaufsicht. Aber was kümmert das die Finanzmärkte.

Bereits 1996, in Davos, verkündete der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank Tietmeier den für die Staatsgeschäfte geltenden entscheidenden Grundsatz: “Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht

werden.“ (11) Die Praxis sieht so aus: „Informelle Runden aus Bankern, Politikern und Zentralbankern bestimmen zunehmend über die Politik und treffen Entscheidungen, die nicht mehr revidierbar sind und die nur die Interessen der Banken und der Reichen bedienen.“ (12)

DGB-Chef Michael Sommer empört sich: “Es kann nicht sein, dass wir den Kriterien der Finanzmärkte folgen, aber die Prinzipien der Demokratie abschaffen.“ (13)

Offensichtlich sind die Interessen und Kriterien der Finanzmärkte auch für die Gerichtsbarkeit maßgeblich. Das Finanzkapital gibt für beide die Richtlinien vor.

Kurs auf ein autoritäres Europa

Bei der Kommentierung des Bundesgerichtsurteils vom 12. September durch die Massenmedien spielte der Fiskalpakt so gut wie keine Rolle. Die Umsetzung des Pakts ist bereits in vollem Gange. Was sind seine Ziele?

- Die Schuldenbremse soll Bestandteil der nationalen Verfassungen werden.
- Das Defizit der Mitgliedsländer darf nur bis zu drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Bei Verletzung dieses Prinzips erfolgen automatisch Sanktionsverfahren. Schuldnerstaaten müssen sich gegenüber der EU-Kommission und dem EU-Rat zu verbindlichen Maßnahmen des Defizitsabbaus verpflichten.
- Die EU-Kommission übt eine präventive Budgetkontrolle über die Haushalte aus. Schuldnerstaaten legen modifizierte Budgetentwürfe und Wirtschaftsprognosen für die Haushaltsplanung vor. Vierteljährlich erfolgt eine Überprüfung der Schuldnerstaaten.
- Die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer ist zu erhöhen.

Mit dieser Zielsetzung büßen die Staaten, büßen ihre Parlamente elementare Souveränitätsrechte in Grundfragen der Finanz- und Haushaltspolitik ein. Solche Rechte gehen an die Brüsseler Eurokratie über, an zentralisierte Einrichtungen ohne demokratische Legitimation, ohne demokratischen Einfluss.

11 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Februar 2012

12 isw-forum, a. a. O.

13 Der Spiegel, 31/2012

So wird ein Instrumentarium geschaffen, um die von deutscher Seite seit Jahren verlangte Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedsländer zu erreichen und zugleich die Schuldentilgung voranzubringen. Bei den von der Krise am schwersten betroffenen Staaten wird die Axt an soziale Errungenschaften der Arbeiterbewegungen und ihrer Kampforganisationen gelegt. Als ein Kernproblem wird dabei die Senkung der Lohnstückkosten genannt.

Die Mitgliedsländer sollen „ihre Hausaufgaben machen“, nennt es Frau Merkel. Und das sieht dann so aus, dass eine systematische Aushöhlung des Tarifrechts, eine Aushebelung des Kündigungsschutzes, ein Abbau des Urlaubsgeldes und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, eine Verlängerung der Arbeitszeit sowie eine Reduzierung der Löhne, Gehälter und Renten erfolgt. Entlassungen gehören zum Alltagsprogramm.

Verbrauchssteuern werden erhöht. Bei öffentlichen Dienstleistungen, in der Bildung und im Gesundheitswesen herrscht der Rotstift.

Fiskalpakt und die „Dienstleistungen“ für die Finanzwirtschaft sind als konzertierte Aktion zu verstehen. Verdi-Vorsitzender Bsirske, der sich an die Mitglieder des Bundestages gewandt hatte, charakterisierte den Fiskalpakt als „ein Instrument, das die Demokratie schwächt, ökonomisch schädlich und sozial unerträglich ist.“

DGB-Chef Sommer urteilt, Fiskalpakt und Schuldenbremse bedeuteten „die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Aussetzung sozialer und kollektiver Grundrechte.“

Der Fiskalpakt ist nicht kündbar. Selbst eine Zweidrittel-Mehrheit könnte ihn nicht kippen.

Er ist ein Pakt zur Entdemokratisierung EU-Europas und zur Europäisierung des Sozialabbaus.

Was steckt eigentlich hinter der von der deutschen Bundeskanzlerin immer beschworenen Formel: „Es geht um die Rettung Europas“?

Deutscher Führungsanspruch

Die stärkste Volkswirtschaft in der EU, repräsentiert durch das deutsche Kapital, will mit Hilfe des Fiskalpakts die EU zum politischen und wirtschaftlichen Global Player machen. Die EU soll zu einer überlegenen globalen Exportmacht entwickelt werden. Sie soll, wie die Bundesregierung schon vor 11 Jahren verlauten ließ, zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ werden. Sie soll im Konkurrenzkampf mit China und Indien erfolgreich sein.

Diese globalstrategische Zielsetzung des deutschen Kapitals fasste der BDI im September 2011 in einem Thesenpapier so zusammen: „Die weltwirtschaftlichen Geschehnisse werden zukünftig nicht mehr auf einer G8- oder G20-Ebene entschieden, sondern auf einer G2- oder

G3-Ebene. Bei den jetzt notwendigen Weichenstellungen geht es auch darum, ob Europa die Rolle des Dritten im Bunde spielen kann und will.“ Und ob das deutsche Kapital will! Zu den aus seiner Sicht „notwendigen Weichenstellungen“ gehört, mit Hilfe des Fiskalpakts die sozialen Standards in der EU nach unten anzupassen. BDA, BDI, DIHK und ZDA drückten das in einem gemeinsamen Papier so aus: „Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an den demografischen Wandel, die Weiterentwicklung der Besteuerungssystematik...“

Es versteht sich, dass bei dieser „Anpassung“ deutsche Normen zu gelten haben, wie sie im Fiskalpakt fixiert sind. Weiter bedeutet das die Errichtung einer EU-Wirtschaftsregierung, wie sich bereits im Ansatz in der Übernahme von Souveränitätsrechten von EU-Mitgliedsländern zeigt. BDA-Präsident Hundt nennt das schlicht und einfach „Weiterentwicklung der Integration.“ (14) Oder, wie es der CDU-Parteivorstand in einem Leitantrag formulierte, „die Potenzen der Mitglieder der EU bündeln.“

Und schließlich soll die dominierende Rolle der politisch und ökonomisch stärksten EU-Macht ausgebaut und befestigt werden. Die „Berliner Zeitung“ drückt das so aus: „Schon die gemeinsame Währung selbst trug Züge einer imperialen, am vor-

dergründigen nationalen Interesse ausgerichteten Politik der deutschen Regierungen. Und es ist genau diese deutsche Vorherrschaft, die Merkel retten will, wenn sie sagt, sie rette Europa.“ (15)

Und so ist der gegenwärtige Krisenprozess im Euro-Raum vor allem durch zwei Widerspruchsfelder geprägt.

Einerseits sind die Reallöhne in den vergangenen Jahren gesunken, während andererseits die Profite Rekordhöhe erreichten. Die von der Schröder-Regierung mit der Agenda 2010 und Hartz-IV betriebene Niedriglohnpolitik bediente die deutsche Exportstrategie.

Wie schon erwähnt hat das deutsche Kapital im vergangenen Jahrzehnt die Nettolöhne gedrückt. In anderen EU- Ländern stiegen sie dagegen zwischen 10 und 30 Prozent. Die Lohnstückkosten stiegen in Deutschland von 1999 bis 2011 um 7,7 Prozent, im Euro-Raum dagegen um 19,9 Prozent. (16)

Andererseits wirkte sich die ungleichmäßige Entwicklung in der EU krisenfördernd aus. Die billiger produzierende deutsche Wirtschaft erzielte im Export von 2000 bis 2010 Leistungsbilanzüberschüsse von einer Billion Euro. Dagegen mussten vor allem südeuropäische EU-Abnehmerländer wie Griechenland, Portugal und Spanien, in die der größten Anteil des deutschen Exports ging, entsprechende Leistungsbilanzdefizite hinnehmen. Die durchweg schwächeren Volkswirtschaften dieser Länder besitzen keine Möglichkeit, die Währung abzuwerten. Sie sind an den Euro gebunden, auf ihn festgelegt. EZB-Direktor Jörg Asmussen bestätigt: “Deutschland ist der größte Profiteur dieser Währungsunion und des gemeinsamen Binnenmarktes. Millionen Arbeitsplätze hängen an den Exporten nach Europa.“ (17)

Je billiger diese Arbeitsplätze sind, desto profitabler für das deutsche Kapital und die deutschen Banken deren Profite und Renditen durch das Krisenmanagement gesichert werden sollen.

15 Berliner Zeitung, 10. Juli 2012

16 C. Schuhler, a. a. O. S. 6

17 Berliner Zeitung, 20. August 2012

Protektoratspolitik

In Berlin wird vorgegeben, wohin die Reise der EU und auf wessen Kosten gehen soll. Die gerade zitierten Züge „einer imperialen, am vordergründigen nationalen Interesse ausgerichteten Politik“ werden gelegentlich mit nationalistischen Verunglimpfungen anderer Völker verdeutlicht. So hatte die deutsche Kanzlerin 2010, massiv unterstützt vor allem vom Springer-Konzern, eine mit falschen Daten gefütterte Kampagne entfacht. „Die Anderen“ – gemeint waren Südeuropäer – wurden bezichtigt, zu viel Urlaub zu genießen, zu früh in Rente zu gehen, zu hohe Löhne zu empfangen. Die dürften doch nicht „einfach so weitermachen wie bisher, sondern müssen sich an die Regeln halten“, forderte die Kanzlerin. (18)

Die Regeln für das Krisenmanagement werden zunehmend in Berlin festgelegt. Sie beruhen auf dem Modell, das von der Schröder-Regierung mit der Agenda 2010 und Hartz-IV geschaffen wurde. Die „nationalen Interessen“ der deutschen „imperialen Macht“ verlangen u. a. das „Wachstumshindernis“ Südeuropa zu überwinden. Und so verlangte Frau Merkel, „dass die Wirtschaftspolitik im Euroraum deutschen Prinzipien folgen soll.“ (19)

Und damit keine Unklarheit bleibt, unterstrich auf einem CDU-Parteitag der Chef der Unionsfraktion im Bundestag Kauder: „Jetzt wird in Europa deutsch gesprochen.“ (20)

Wie sieht es aus, wenn die vom Spardiktat diktierte Wirtschaftspolitik von Schuldnerländern „deutschen Prinzipien folgen“ muss?

Die Einhaltung der Prinzipien, die eine „Gesundung“ der Staatsfinanzen dieser Länder herbeiführen sollen, führen zu einem radikalen Abbau des Sozialstaates. Eine Reform der Arbeitsmärkte soll zu einer stärkeren Flexibilisierung im Tarifwesen, und damit der Lohnpolitik sowie beim Kündigungsschutz erreichen.

18 Der Tagesspiegel, 20. Mai 2010

19 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Dezember 2012

20 Spiegel online, 15. November 2011

Zugleich aber drosselt das oktroyierte Spardiktat die Wirtschaftsleistung des Landes. Der Schuldenabbau wird zur Illusion. Die griechische Staatsschuld beträgt 161 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wobei dieses BIP seit 2007 um 13 Prozent geschrumpft ist und dieses Jahr um weitere fünf Prozent zurückgehen wird. (21)

Seit Beginn der Krise sind in Griechenland 60.000 Betriebe bankrott gegangen. Im ersten Halbjahr 2012 war mit dem Verlust von 160.000 Arbeitsplätzen gerechnet worden.

Die Basislöhne sollen um 22 Prozent gekürzt werden. Der Mindestlohn wurde von 751 auf 586 Euro herabgesetzt, das Arbeitslosengeld von 461 auf 322 Euro reduziert. Die Renten sind um rund 20 Prozent gesenkt worden. Lohnverhandlungen werden nur noch auf Betriebsebene, nicht mehr auf Branchenebene geführt. Im Öffentlichen Dienst sollen bis 2015 rund 150.000 Beschäftigte auf die Straße gesetzt werden.

Bei einer Gesamtbevölkerung von 14 Millionen sind eine Million Griechen arbeitslos.

Die deutsche Bundeskanzlerin, die rücksichtslos das Spardiktat gegen die so üppig lebenden Hellenen betrieben hat, sagt nun plötzlich über das dadurch hervorgerufene Elend für viele Griechen: „Mir blutet das Herz.“

Eine ähnlich dramatische Entwicklung wie in Griechenland vollzieht sich auch in Spanien. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 24,6 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit bei 53 Prozent! Die Regierung hat ein Sparpaket von 100 Milliarden Euro beschlossen. Kürzungen von Sozialleistungen und im Öffentlichen Dienst sind eingeleitet. Die Mehrwertsteuer wurde um drei Prozent erhöht.

Die spanische Zeitung EL PAIS kommentierte am 29. Juli 2012: „Die Rezession verschärft sich tendenziell, und der stetige Anstieg der Arbeitslosigkeit sorgt für gefährliche soziale Spannungen. Die Faktoren der Rezession sind bekannt: eine sinkende Binnennachfrage, weniger Beschäftigung und ein Rückgang der Kreditvergabe, der auch das Überleben rentabler Unternehmen

erschwert.“ Die Industrieproduktion ist gegenüber 2009 um 35 Prozent geringer.

Wie in Griechenland und Spanien schwächen die auferlegten Sparprogramme auch in weiteren EU-Mitgliedsländern die Wirtschaftsentwicklung. Die Steuereinnahmen gehen zurück. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Verarmung der Länder ist programmiert. Das von der politischen Elite Deutschlands betriebene Anheizen nationalistischer Ressentiments erreichte inzwischen einen neuen Höhepunkt.

Anfang 2012 wurde bekannt, dass die Bundesregierung die Umwandlung Griechenlands in ein Finanzprotektorat verlangt habe. Athen müsse sich einem „Haushaltskommissar“ unterwerfen, hieß es in einem Papier, das in Brüssel kursierte. (22)

„Welt online“ hielt an dem von der Bundesregierung geäußerten Gedanken fest: „Klüger wäre es, darauf hinzuarbeiten, Griechenland zu einem europäischen Protektorat zu machen.“

Es ist nicht verwunderlich, dass die Empörung in der europäischen Öffentlichkeit neue Wellen schlug.

Als die deutsche Bundeskanzlerin Anfang September zum Staatsbesuch in Madrid eintraf, wurden auf Protestkundgebungen in der spanischen Hauptstadt Losungen erhoben, wie:

„Merkel go home!“, „Kein deutsches Europa!“, „Kein Viertes Reich!“

Auch in Italien nehmen die Proteste gegen den deutschen Herrschaftsanspruch zu. Deutschland kehre zurück, „nicht mehr mit Kanonen, sondern mit Euro“, hieß es in italienischen Presseorganen. Rom müsse sich „dem neuen Kaiser namens Angela Merkel unterwerfen.“ (23)

Die vor allem durch das von deutscher Seite gelenkte Krisenmanagement verstärkte wirtschaftliche und soziale Misere „lässt die nationalen Gegensätze zwischen dem dominanten Deutschland und den Staaten Südeuropas eskalieren.“ (24) Das Verlan-

22 German Foreign Policy, 30. Januar 2012

23 ebenda, 9. August 2011

24 ebenda, 8. August 2012

gen, dass EU- Europa „am deutschen Wesen genesen“ soll, führt aber auch zur Isolierung der BRD.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schlussfolgert: „In Europa steht Berlin isolierter da denn je.“ (25) Und in der „Berliner Zeitung“ war zu lesen: „Immer klarer wird, dass der Krise mit ihrem Spardiktat nicht beizukommen ist, sondern dass es die südlichen Länder immer tiefer in die Rezession treibt. Dafür zahlt Deutschland einen hohen Preis – nicht nur ökonomisch, weil Absatzmärkte für deutsche Produkte weg brechen, sondern vor allem politisch. Noch nie war das Ansehen der Bundesrepublik bei ihren europäischen Nachbarn so schlecht wie heute.

Wer triumphiert, nun werde deutsch gesprochen in Europa, wer ein Exempel statuieren will an Griechenland, wer den Italienern Wegelagermentalität vorwirft, wie dies vor allem führende Unionspolitiker immer wieder tun, der muss sich über ein empörtes Echo in diesen Ländern nicht wundern.“ (26)

Inzwischen dämmert es auch bei BRD-Außenminister Guido Westerwelle: „Wir müssen aufpassen, dass wir Deutsche durch parteitaktisch motivierte Wortmeldungen nicht dauerhaft unser Ansehen in Europa und in der Welt beschädigen...Die Diskussion mit teilweise sehr hässlichen Einlassungen bleibt nicht in Deutschland, sie strahlt weit über unsere Grenzen hinaus.“ (27)

Vertreter von „Volksparteien“ in der Bundesrepublik kümmert das wenig. Sie wollen mit ihren Tiraden von den Krisenwirkungen ablenken und mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 nationalistische Ressentiments hervorrufen. An den objektiven Gegebenheiten des Krisenprozesses ändern diese Versuche absolut nichts.

Der Wirtschaftswissenschaftler Conrad Schuhler spricht von einem Teufelskreis im Euro-Raum: „Die Euro-Zone wird...zu Recht als das eigentliche Zentrum der globalen Krise ausgemacht. Hier läuft sich der Teufelskreis zwischen Bankenkrise, Staatsschuldenkrise und Wirtschaftskrise immer heißer,

25 Neue Zürcher Zeitung, 24. August 2012

26 Berliner Zeitung, 13. August 2012

27 Berliner Zeitung, 4. September 2012

die einzelnen Krisen verstärken sich gegenseitig.“ (28)
 Vom drohenden „Großen Crash“ ist immer öfter die Rede.

Wie soll es weiter gehen?

Verdrossenheit im Kernland nimmt zu

Für die BRD-Wirtschaft prognostiziert die OECD einen Schrumpfungsprozess im dritten und vierten Quartal. Die Kapazitätsauslastung ist rückläufig. Das verarbeitende Gewerbe hat die Produktion im Juni drastisch zurückgefahren. Im Juli stieg seit längerer Zeit wieder die Zahl der Arbeitslosen. Große Teile der Bevölkerung sind verunsichert.

„Europa steckt in der Krise und Deutschland gerät Schritt für Schritt tiefer hinein“, konstatiert Conrad Schuhler. (29) Und die „Zeit“ schätzt die Aussichten Deutschlands kurz und knapp mit „Und jetzt abwärts“ ein. (30)

Das Krisenmanagement hat keinen den Interessen der Menschen dienenden Lösungsweg und die offiziellen Medien tun alles um keine lästigen Frager nach den tieferen Ursachen aufkommen zu lassen - sie könnten auf Marx und Engels kommen, die bereits im Kommunistischen Manifest prophetisch erklärten:

„Die...bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft...gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.“ (31)

Nun vertreten heute Experten unterschiedliche Auffassungen über die absehbare nächste Zeit der Krisenentwicklung.

Die einen gehen davon aus, dass die Sparprogramme alle EU-Mitgliedsländer in die Rezession und den Ruin treiben. Die anderen befürchten, dass durch das Anwerfen der Notenpresse durch die EZB, um unbegrenzt Staatsanleihen der von der Pleite bedrohten südeuropäischen EU-Mitglieder zu kaufen, die EU in

28 C. Schuhler, a. a. O.

29 ebenda

30 Zeit, 5.Juli 2012

31 MEW, Bd. 4, S. 467

die Inflation abgeleitet.

Der renommierte Bielefelder Soziologe und Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer befindet: Die Finanzkrise „hat den Druck im gesellschaftlichen Gefüge verstärkt. Zugleich sind die Auswirkungen nicht sofort sichtbar, weil es sich um schleichende Prozesse handelt wie die Ökonomisierung des Sozialen, die Demokratie-Entleerung und auch eine spezifische Orientierungslosigkeit, wohin sich die Gesellschaft entwickelt.“ Und weiter: „Es ist hochproblematisch, wenn eine erhebliche Anzahl der Menschen die Kernnormen, die eine Gesellschaft zusammenhalten – Gerechtigkeit, Fairness, Solidarität – inzwischen für nicht mehr realisierbar hält.“ (32)

Aufschlussreich sind die Ergebnisse repräsentativer Umfragen in der BRD.

- 77 Prozent sind zu der Erkenntnis gekommen, die Marktwirtschaft „macht die Reichen reicher und die Armen ärmer.“
- 83 Prozent haben das Vertrauen in die bestehende Wirtschaftsordnung verloren.
- 51 Prozent vertreten die Meinung, die gegenwärtige Wirtschaftsordnung „muss grundlegend verändert werden.“

So kommt der Wirtschaftsjournalist der „Süddeutschen Zeitung“, Nikolaus Piper, ein Vertreter des Neoliberalismus, schließlich zu der Auffassung: „Mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Fall des Kommunismus stellen die Menschen wieder die Systemfrage.“ (33)

Demokratisches Umverteilungsprogramm

Einer der Aktivisten der Bewegung „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“, verdi-Vorsitzender Bsirske, beantwortet die Frage, was angesichts der andauernden Krise zu tun sei, so: „Die Zeit ist reif für Umverteilung...Die beste Schuldenbremse, das sind Vermögensabgabe und Vermögenssteuer.“

Die Mitglieder der Bewegung „UmFAIRteilen“ erheben, um den Reichtum der Reichen und der Banken nicht immer weiter zu

32 Berliner Zeitung, 4. Juni 2012

33 Süddeutsche Zeitung, 18. Mai 2012

bedienen, eine Reihe von Forderungen. Das sind im Einzelnen:

- Wiedereinführung der 1997 von der Kohl-Regierung abgeschafften Vermögenssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe. Sie soll bei Millionären ab einer Million Euro erfolgen und bis zu 80 Prozent bei Milliardären betragen. „Mit einer einmaligen progressiven Abgabe auf große Vermögen ab einer Million Euro soll das reichste eine Prozent der Bevölkerung substantiell zur Kasse gegeben werden. Das würde nicht nur einen Ausweg aus der Krise. Sondern auch eine Weichenstellung für eine sozial-ökologische Transformation ermöglichen,“ erklärt attac. (34)
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer um der Spekulation zu begegnen. „Finanztransaktionen müssen drastisch besteuert, die Finanzmärkte reguliert sowie der Bankensektor ‚neu geordnet‘ werden,“ so die Gewerkschaften. (35)

Die Mitglieder der Bewegung wenden sich an die Landtage, an den Bundestag und an die Bundestagsparteien, diese Forderungen „in die Tat umzusetzen.“ Und hier weitere Forderungen von Unterstützern der Bewegung:

- Durchführung eines Schuldenschnitts. Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Sahra Wagenknecht, konkretisiert: „Schulden, die nur auf Bankenspekulation und Bankenrettung zurückgehen, sollten von den Staaten nicht mehr bedient werden. Das würde nebenbei auch zu einer Schrumpfung des übermäßig aufgeblähten Finanzsektors beitragen.“ (36) Conrad Schuhler dazu: „Die europäischen Staaten können ihre Schulden niemals zurückzahlen. Bleibt es bei den gegenwärtigen Bedingungen, müssen sie Jahr für Jahr einen höheren Schuldendienst leisten, ohne von den Schuldenbergen herunter zu kommen...Ein großer Teil der Schulden ist dank der horrenden Zinsen schon zurückbezahlt, ohne dass die Grundschuld abgetragen wäre oder sich auch nur verringert hätte. Alle diese Schulden sind ersatzlos zu streichen. Sodann sind die Forderungen zu streichen, die aufgrund sittenwidriger Geschäfte entstanden sind.“ (37)

34 attac, Rundbrief 03/12

35 www.europa-neu-begründen

36 Neues Deutschland, 2. August 2012

37 C. Schuhler, a. a. O.

- Demokratisierung des Geld- und Bankenwesens. Verlangt wird die Überführung der privaten Großbanken in öffentliches Eigentum. (Die LINKE) „Eine der Demokratie verpflichtete Geldwirtschaft erfordert also die Demokratisierung des Geld- und Bankenwesens, d.h. die Enteignung des privaten Kapitals in diesem Bereich und die Überführung in gesellschaftliches Eigentum. Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes bieten nicht nur die Möglichkeit, so zu verfahren, sie fordern dazu auf. In Artikel 14, Absatz (2) heißt es: ‚Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.‘ ... ‚Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.‘“ (38)
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro und Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 500 Euro. (Die LINKE)

Der Vorsitzende der Gewerkschaft verdi, Frank Bsirske, das Mitglied des DGB-Vorstandes Annelie Buntenbach und das IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban haben mit anderen den Aufruf initiiert: „Europa neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen“ Darin heißt es u. a.: „In Deutschland müssen die Löhne wieder stärker steigen als in den vergangenen Jahren, um die ständige Umverteilung zugunsten der Gewinneinkommen zu beenden, den Binnenmarkt zu stärken und Ungleichgewichten in der EU entgegenzuwirken!“

Die Bürgerinnen und Bürger sind gefragt. Die Sensibilisierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit für ein „UmFAIRteilen“ von oben nach unten, für das zwingende Gebot, „Reichtum (zu) besteuern“, steht auf dem Programm!

Und die Abgeordneten in den Landtagen und im Bundestag sowie die Bundestagsparteien sind gefordert: „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“ steht auf der Tagesordnung!